

Vorwort

Unsere ersten Erfahrungen mit Energiewenden liegen viele Jahrzehnte zurück. Es waren damals nicht politisch verordnete, sondern eher wirtschaftlich gewachsene Wenden von der Muskelkraft hin zu den Sekundärenergieträgern Dampf und später zum Strom. Beide Energiewenden brachten fundamental neue Qualitäten und Gestaltungsmöglichkeiten in Wirtschaft und Gesellschaft ein. Politisch gewachsen ist die in den 1990er Jahren international eingeleitete Energiewende, die aufgrund der Anerkennung wissenschaftlicher Erkenntnisse zum Klimawandel stattfindet und die sich in national sehr unterschiedlichen Konzepten zur Klimavor-sorge niederschlägt.

Die Jahre 2010 und 2011 besicherten Deutschland zwei weitere energiepolitische Kurswechsel. Das Energiekonzept vom Herbst 2010 setzte sehr weitreichende Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien, zur Erschließung der Energieeffizienzpotenziale sowie zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen. Im Frühjahr 2011 hat die Bundesregierung abrupt eine weitere Energiewende verabschiedet. Politisches Kalkül, Wählerpräferenzen und eine gefühlte Notlage nach der aufgeheizten öffentlichen Debatte um die Ereignisse in Fukushima gelten als wesentliche Ursachen der Schnelligkeit, mit der ein beschleunigter Ausstieg aus der Kernenergie entschieden wurde. Innerhalb weniger Monaten wurde ein Gesetzespaket geschnürt, um die durch den früheren Verzicht auf die Kernenergie notwendigen Treibhausgasreduktionen einzuleiten. Dieser Deal ist ein politisches Abenteuer, denn bei der Energiewende 2011 legt man sich in Windeseile und ohne die gebotene Gründlichkeit auf eine Strategie fest und schlägt ausgetretene Pfade ein, obwohl angesichts der bevorstehenden Umgestaltung des Energiesystems für den damit verbundenen langfristigen Transformationsprozess neue Wege in der Energiepolitik erforderlich wären.

Die jüngste Energiewende hat die öffentliche Debatte zur Energiepolitik hierzulande zweifelsohne beruhigt, ihre grundsätzliche Schiefelage jedoch nicht beseitigt. Der Mangel besteht vor allem in der unzureichenden Zuordnung von Regulierungs- und Akzeptanzfragen sowie Kosten- und Technologieaspekten auf den Zeitachsen, um mittel- und langfristig die angestrebten klimapolitischen und energiepolitischen Ziele zu erreichen. Insbesondere bei den Zukunftsfragen besteht wegen der Langfristigkeit und des großen Forschungsbedarfs erheblicher Diskussions- und Klärungsbedarf. Ohne rasche Erfolge bei Erforschung und Entwicklung marktfähiger neuer Energie- und Speichertechnologien wird die Energiewende kaum gelingen. Dem Konzept fehlen daher auch Rückfallstrategien für das Scheitern anvisierter technologischer Optionen etwa bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Eine deutsche Strategie zu einer neuen Energiezukunft kann zudem nur im europäischen Kontext erfolgreich sein, und allein die kritischen Fakten bei Ressourcenverfügbarkeit, Geopolitik und globalem Strukturwandel erfordern die Einbeziehung der relevanten globalen Komponenten.

Die beschlossenen Maßnahmen der Energiewende verlagern die Verantwortung für das Funktionieren der Energieversorgung von den Marktakteuren auf staatliche Behörden. So gefährdet man die Früchte der Energiemarktliberalisierung, die im jüngsten Bericht der Mono-



Martin Czakainski

* Martin Czakainski ist Chefredakteur und Herausgeber der Fachzeitschrift »et« Energiewirtschaftliche Tagesfragen.

polkommission (9/2011) dokumentiert werden. Bei fortgesetzter Förderung der erneuerbaren Energien nach dem aktuellen Muster werden immer größere Teile der Stromerzeugung dem Wettbewerb entzogen. Offenbar hat das Kostenbewusstsein in der deutschen Energieversorgung durch den massiven Einsatz von Fördergeldern erheblich gelitten. Die Abkehr von marktwirtschaftlichen Prinzipien jedoch bedeutet den Verlust an Effizienz, Effektivität sowie Versorgungssicherheit und bremst die dringend erforderlichen Innovationskräfte, um die ökonomischen und ökologischen Problembündel zu lösen. Forderungen nach einer Abschaffung des EEG und das alleinige Vertrauen auf den Emissionshandel dürften derzeit jedoch kaum politische Mehrheiten finden. Daher müssen rasch Ansätze gefunden werden, damit auch für erneuerbare Energien auf Märkten entstehende Preissignale Eingang in Investitions- und Betriebsführungsentscheidungen finden. Letztlich wird der Ausbau der Übertragungs- und Verteilernetze sowie der Speicherkapazitäten bestimmen, welchen Anteil die erneuerbaren Energien zukünftig an der Stromversorgung haben werden.

Ohne Zweifel sind mit der Energiewende auch Nutzen und Chancen verbunden. Klassische Wirtschaftsbereiche wie Handwerker, Bauwirtschaft, Maschinenbauer sowie die gebeutelten Werften und Häfen werden vom Zubau an Windkraft, Photovoltaik, Biomasse etc. partizipieren. Und es bestehen Chancen für die Etablierung neuer Industrien. Angesichts der globalen Ressourcenlage wird auch die Reduzierung der Importabhängigkeit bei fossilen Energieträgern vorteilhaft zu Buche schlagen. Zu den größten Risiken zählen die Zusatzkosten der Energiewende und der Verlust von Arbeitsplätzen, wenn Industrieunternehmen wegen teurer und unzuverlässiger Energieversorgung ins Ausland abwandern. Den Abschied von ästhetischen Traditionen unseres Landschaftsbildes werden nicht alle Bürger als schmerzhaft empfinden. Außenpolitisch jedoch bezahlen wir schon jetzt einen Preis in nicht absehbarer Höhe, denn mit Ausnahme einiger dankbarer stromexportierenden Nachbarländer fühlen sich nicht wenige europäische Partner von der deutschen Energiewende brüskiert. Gelingt es trotz der abrupten Wende zum einen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und die Sicherung von Industriestandorten zu gewährleisten, zum anderen Klimaschutz und technologische Risiken zu berücksichtigen, kann die deutsche Energiewende 2011 als Blaupause für andere Länder dienen.